



ASIEN/SRI LANKA - Bürger und Mitglieder verschiedener Religionsgemeinschaften setzen sich gemeinsam für den Erhalt einer Moschee und den Schutz der Minderheiten ein

Colombo (Fidesdienst) – Gemeinsam setzen sich Bürgerinitiativen und Gläubige verschiedener Religionsgemeinschaften in Sri Lanka für den Erhalt einer Moschee in Dambulla ein: in einem Appell an die Regierung fordern sie Garantien für die Rechte und die Kultfreiheit sowie der Würde aller Bürger und aller Gläubigen, insbesondere aus religiösen Minderheiten. Das Forum veröffentlichte eine gemeinsame „Erklärung gegen religiöse Intoleranz“ und verurteilte insbesondere den jüngsten Übergriff auf die Moschee in Dabmulla durch buddhistische Aktivisten und Mönche. Auch die hinduistische Glaubensgemeinschaft wurde dazu aufgefordert, den eigenen Tempel, der sich in der Nachbarschaft befindet an einen anderen Ort zu verlegen. Die Moschee in Dambulla wurde vor über 60 Jahren gebaut und es gibt Dokumente, die das Eigentum des Grundstücks und des Gebäudes schützen. Am vergangenen 20. April forderten buddhistische Aktivisten und Mönche im Rahmen einer öffentlichen Kundgebung die Demolierung der Moschee.

Über 30 Vereine, die sich in dem Forum zusammenschließen, darunter auch Katholiken, weisen in ihrem gemeinsamen Appell darauf hin, dass „Muslime in der Region seit über 60 Jahren mit den Mitgliedern anderer Religionsgemeinschaften friedlich und freundschaftlich zusammen leben. Heute müssen wir jedoch feststellen, dass religiöse Intoleranz zunimmt und zu wenig getan wird, um dieser Tendenz entgegen zu wirken“.

Die Episode in Dabulla war unterdessen kein Einzelfall: im vergangenen Jahr war ein muslimisches Heiligtum in Anuradhapura verwüstet worden. In Ashraf Nagar beschlagnahmte die Armee ein Grundstück, das sich im Besitz von 69 muslimischen Familien befand. In Illangaithurai Muhathuwararam wurde an der Stelle eines hinduistischen buddhistischen Statue aufgestellt. Im Februar dieses Jahres wurde in Ambalangoda eine christliche Kirche angegriffen. In Kaluthara griffen buddhistische Aktivisten auch die „Gospel Church“ an, wonach die Polizei die Kirche schließen ließ.

„Sri Lanka ist ein multireligiöses und multireligiöses Land, in dem der Pluralismus und die religiösen Rechte sowie die Religionsfreiheit zu den grundlegenden Prinzipien der Verfassung gehören und allen Bürgern garantiert werden“, heißt es in dem Appell, der den Präsidenten Mahinda Rajapaksa um Maßnahmen bittet, die garantieren, dass religiöse Minderheiten geschützt werden und das friedliche Zusammenleben ermöglichen. Sri Lanka ist ein Land mit buddhistischer Mehrheit, wo es bereits in der Vergangenheit immer wieder zu Gewalt kam, für die extremistische buddhistische Gruppen verantwortlich sind. (PA) (Fidesdienst, 27/04/2012)